

**Rede der Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Ilse Aigner

Anlass: 20 Jahre Agrargenossenschaften

Termin: 19. Oktober; 10:45 bis 11:15 Uhr

Ort: Berlin,
Humboldt-Universität
Fritz-Reuter-Saal des Institutsgebäudes am
Hegelplatz, Dorotheenstraße 24, 10117 Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

Sehr geehrter Herr Professor Nagel (Vizepräsident HU Berlin)

Sehr geehrter Herr Präsident Nüssel (Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes)

Sehr geehrter Herr Petersen (Stellv. Generalsekretär des Deutschen Raiffeisenverbandes)

Sehr geehrter Herr Folgart (Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes)

Lieber Gerald Thalheim,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Vor wenigen Tagen haben wir 20 Jahre Deutsche Einheit gefeiert. Hier „Unter den Linden“ ist die Geschichte fast zum Greifen nahe. Schließlich gilt das Brandenburger Tor als das Zeichen der Einheit. Einige hundert Meter von hier am Bahnhof Friedrichstraße war Ost und West jahrzehntelang getrennt.

Aber nicht diese Stadt musste damals neu anfangen und zusammen wachsen. Auch für die ostdeutsche Landwirtschaft waren es ereignisreiche, wenn auch schwierige erste Jahre nach der Wende.

Die Beschäftigten in den volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben mussten sich der Marktwirtschaft stellen. Aus den ostdeutschen LPGs wurden Genossenschaften oder Kapitalgesellschaften. Wieder- und Neueinrichter wagten den Neuanfang.

Meine Damen und Herren,
in einer schwierigen Umbruchsphase haben Sie zusammen gehalten und weiter nach vorne geschaut.

Sie haben die Zeit genutzt, um Ihre Ideen und Wünsche zu verwirklichen. Sie haben erfolgreich Agrargeschichte geschrieben! Herzlichen Glückwunsch!

20 Jahre ist dies nun her. In den neuen Bundesländern haben sich seither viele rentable landwirtschaftliche Unternehmen und äußerst produktive Agrarstrukturen entwickelt. Aus den ehemals rund 5.100 genossenschaftlichen und staatlichen Betrieben sind nun etwa 30.000 landwirtschaftliche Unternehmen entstanden.

Die Ernährungswirtschaft ist zur wichtigsten Branche des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland herangewachsen. Sie ist eine bedeutende Stütze für den regionalen Arbeitsmarkt.

Auch im Bereich Export haben die Ostdeutschen Bundesländer kräftig aufgeholt. In den vergangenen zehn Jahren haben sie bei Agrar- und Ernährungsausfuhren um 105 Prozent zugelegt.

Aber nicht nur die landwirtschaftliche Praxis ist gestärkt aus der Wende hervorgegangen. Auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung sind wichtige Marksteine gesetzt und Übergänge gestaltet worden.

Neben den

- Agrarfakultäten in Rostock, Halle und natürlich an der HU Berlin,
- den Bundesforschungsinstituten auf der Insel Riems und in Quedlinburg
- sind fünf Leibniz-Institute in den neuen Bundesländern gegründet worden.

Sie beschäftigen sich heute mit Grundlagenforschung unter anderen in den Bereichen

- Agrarlandschaftsforschung,
- Gemüse und Zierpflanzen,

- Landwirtschaftlicher Nutztierhaltung,
- Agrartechnik und Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa.

Aber nun lassen Sie mich kurz auf die Agrargenossenschaften eingehen.

Rolle der Produktivgenossenschaften

Vor 20 Jahren vollzog sich ein weltweit einmaliger Prozess: die Umstrukturierung der Landwirtschaft in Deutschland. Bundesminister Ignaz Kiechle hat damals die Überführung der ostdeutschen Landwirtschaft in marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen mit großem persönlichen Engagement begleitet. Sein erklärtes Ziel war es „auch in den neuen Ländern eine vielseitig strukturierte, leistungsfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft aufzubauen.“ Besondere Akzente wurden in der Förderpolitik, der Bodenpolitik und beim Abbau der Altschulden gesetzt.

Die Wiedervereinigung war die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung von Genossenschaften im Osten Deutschlands. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes wurde die freie Verfügbarkeit der Bauern über ihren Boden wieder hergestellt.

Getreu dem Leitgedanken von Friedrich Wilhelm Raiffeisen „Hilfe durch Selbsthilfe in der Gemeinschaft“ haben sie ihre Geschicke wieder in die eigenen Hände genommen.

Sie mussten sich 1990 entscheiden,

- ob sie ihren Boden wieder selbst bzw. in einer Personengesellschaft bewirtschaften oder
- ob sie den Boden gemeinsam bewirtschaften wollen bzw. verpachten.

Für die einzelbetriebliche Bewirtschaftung als Wieder- und Neueinrichter sowie Personengesellschaften hatten sich bis zum Frühjahr 1992 rund 17.000, Landwirte entschieden. Viele ehemalige LPG-Mitglieder haben sich aber auch bewusst für die gemeinschaftliche Bewirtschaftung des Bodens entschieden. Die rund 1.500 eingetragenen Genossenschaften verfügten damals noch über 44 % der Flächen. So entstand mit den Produktivgenossenschaften ein neuer Farbtupfer in der Agrarstruktur Deutschlands.

Die Landwirte mussten aber auch lernen, sich in der Marktwirtschaft zu behaupten und sich im komplizierten Geflecht der Marktordnungen und Fördermöglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes zurecht zu finden.

In den alten Bundesländern und auch in meiner bayrischen Heimat war die Skepsis anfangs groß. Viele fragten sich, ob sich die eingetragenen Genossenschaften in der Landwirtschaft behaupten würden. Gleichwohl gab es auch tatkräftige Unterstützung für den Aufbau des Genossenschaftswesens nach den Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – übrigens auch aus Bayern. So half die bayerische Genossenschaftsorganisation in einer einmaligen Aktion mit einer Soforthilfe von 10 Millionen DM dem Genossenschaftsverband Sachsen über die ersten Schwierigkeiten hinweg.

Ich möchte daran erinnern, dass der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung stets die Chancengleichheit aller Unternehmens- und Betriebsformen betont hat.

Zudem wurde die ostdeutsche Landwirtschaft durch die Bundesregierung und durch die Europäische Union mit finanziellen Hilfen und Sonderregelungen unterstützt. Heute gehören die Produktivgenossenschaften zur Normalität in der Agrarstruktur Deutschlands.

Es sind mittelständische Unternehmen, die sich im harten Wettbewerb zu bewähren haben. Sie sind auch in Zeiten der Finanzkrise ein Wirtschaftsfaktor, der dem Gemeinwohl besonders verpflichtet ist. In vielen Regionen sind die eingetragenen Genossenschaften große Arbeitgeber und das soziale Zentrum im Dorf.

Ihre Bedeutung für lebenswerte ländliche Räume ist unbestritten. Aufgrund der breiten Eigentumsstreuung gehören sie zu den insolvenz sichersten Unternehmen. Die Landwirtschaft in den neuen Ländern ist eine Zukunftsbranche, deren Wettbewerbsfähigkeit weiter gewachsen ist.

Dabei haben die genossenschaftlichen Unternehmen im ländlichen Raum der neuen Länder eine besondere Rolle. Die Kräfte des Einzelnen werden gebündelt zum Wohle der Gemeinschaft und der Region. Die Genossenschaftsidee ist im 21. Jahrhundert nach wie vor aktuell.

Auch im europäischen Wettbewerb geht es um faire Wettbewerbsbedingungen. Die Agrargenossenschaften in den neuen Ländern stehen grundsätzlich vor denselben Herausforderungen und Problemen wie landwirtschaftliche Betriebe anderer Rechtsformen. Deshalb ist heute die Chancengleichheit ebenso wie 1990 ein wichtiges Kriterium für die Rahmenbedingungen in der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren,

rückblickend kann ich sagen: Die Landwirtschaft in Ostdeutschland hat den Transformationsprozess ausgezeichnet gemeistert! Sie haben ihn gemeistert! Gemeinsam müssen Landwirte aus Ost und West, nun in die Zukunft blicken.

Jetzt stehen neue Herausforderungen vor uns:

- die Überalterung unserer Gesellschaft,
- der Klimawandel,
- Umweltaspekte
- die Ernährungssituation in den Entwicklungsländer sind nur einige der Themen.

Unsere agrarpolitischen Ziele

Meine Damen und Herren,

angesichts der globalen Entwicklungen müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, welche Ziele wir in der deutschen Agrarpolitik verfolgen.

Ganz oben steht für mich das Ziel: Wir brauchen eine möglichst flächendeckende Landbewirtschaftung.

Landwirtschaft soll es in ganz Deutschland geben können und nicht nur auf begünstigten Standorten. Denn der Boden und die Landschaft sind das Kapital unserer Regionen. Deswegen brauchen wir lebensfähige Betriebe auch in benachteiligten Gebieten.

Dabei geht es auch um die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete. Dazu sage ich deutlich: Ich bin nicht zufrieden mit den vorgeschlagenen Abgrenzungskriterien der Europäischen Kommission. Das wissen Sie. Ich würde es begrüßen, wenn wir am deutschen Indexsystem – in einer etwas modifizierten Form - festhalten könnten. Dafür setzen wir uns ein.

So haben wir als Kompromiss vorgeschlagen, die Ertragsmesszahl für die Neuabgrenzung zu verwenden. Allerdings stieß auch dies bisher auf Ablehnung. Davon lassen wir uns aber nicht entmutigen: Wir werden weiter in Brüssel für unsere Vorstellungen kämpfen!

Zweites Ziel ist, dass die Landwirte von der Landwirtschaft leben können. Bäuerinnen und Bauern leisten viel. Sie bekommen dafür zum einen den Verkaufserlös für ihre Produkte. Die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern reichen aber weit über das Kühlregal oder die Ladentheke hinaus. Diese Leistungen werden aber nicht über den Marktpreis der Produkte abgedeckt. Deshalb ist hier die Gemeinschaft gefordert. Denn wir wollen und können nicht auf die Leistungen der Landwirte verzichten.

Drittens wollen wir auch bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln auf unser eigenes Potenzial setzen. Der Teller kann schnell leer bleiben, wenn man sich – gerade bei Lebensmitteln - zu sehr von anderen abhängig macht. Hier brauchen wir nur an den Exportstopp von Weizen aus Russland denken. Und: Nahrungsmittel dürfen nicht zu reinen Spekulationsobjekten werden, während eine Milliarde Menschen auf der Welt hungern! Hierauf werden wir verstärkt unser Augenmerk legen. Das steht auf der Agenda.

Viertes Ziel sind starke ländliche Räume. Auf dem Land wächst Zukunft. Das heißt, dass auch in Zukunft die Land- und Ernährungswirtschaft dort verankert bleiben muss. Sie ist und bleibt eine treibende Kraft im ländlichen Wirtschaftskreislauf. Allerdings stellt uns der demografische Wandel vor eine besondere Herausforderung.

Eine bedarfsgerechte Infrastruktur sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen - auch über die Landwirtschaft hinaus - sind wichtige Voraussetzungen für die Erhaltung vitaler ländlicher Räume. Deswegen ist auch der Breitbandausbau ein zentrales Anliegen. Bei den Verhandlungen zur Sparklausur war es mir wichtig, dass hier nicht gekürzt wird.

Fünftes Ziel ist der wichtige Beitrag der Landwirtschaft zur Bewältigung des Klimawandels. Wenn wir dem Klimawandel aktiv begegnen wollen, dann ist die Landwirtschaft unverzichtbar. Sie ist Teil der Lösung.

Und die Landwirtschaft leistet ihren Beitrag, wenn er vernünftig und machbar ist.

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen: Eine moderne Agrarpolitik deckt ein weites Spektrum an Handlungsfeldern ab. Sie muss wettbewerbsfähig sein. Aber sie muss auch nachhaltig wirtschaften.

Bioenergie

Das betrifft auch die Sicherung der energetischen Versorgung. Dabei tragen die Landwirte eine große Verantwortung als Erzeuger von Bioenergie. Die Bundesregierung setzt mit ihrem Energiekonzept auf eine Zukunft mit regenerativen Energien. Wir stehen jetzt vor einem Paradigmenwechsel in der Energieversorgung und verfolgen ein engagiertes Ziel: Bis 2050 soll über die Hälfte der Energieversorgung in Deutschland aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Und ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen werden. Gemeinsam mit Ihnen, liebe Landwirte. Denn nur mit einem starken Anteil der Bioenergie kann dieses Ziel erreicht werden.

Die Bioenergie macht gut 70 Prozent der regenerativen Energieerzeugung in Deutschland aus. Und sie soll in allen drei Nutzungspfaden, also Wärme, Strom und Kraftstoffe, weiter ausgebaut werden. 2009 haben wir zum Beispiel in der Bundesrepublik durch die Nutzung von Biomasse fast 60 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaziele! In Europa sind wir Vorreiter für Bioenergie!

Das Potential der Bioenergie haben vor allem die neuen Bundesländer genutzt. Denn deutschlandweit gesehen befinden sich dort mehr als die

Hälfte aller Anbauflächen für nachwachsende Rohstoffe. Auch Wissenschaft und Forschung sind hier angesiedelt. Etwa die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern oder das Biomasseforschungszentrum in Leipzig mit dem Bioraffinerie-Cluster Mitteldeutschland.

In diesem Bereich gibt es noch viel zu tun. Wir müssen weiter forschen, um die Bioenergie voran zu bringen. Ich denke dabei zum Beispiel an:

- den Einsatz von Biokraftstoffen im Schiffs- und Flugverkehr
- an die Entwicklung von Biokraftstoffen der 2. Generation, insbesondere auf der Basis von Rest- und Abfallstoffen, wie etwa Stroh, Holz oder Algen.
- Oder auch an die Züchtung ertragreicher Energiepflanzen, die an zukünftige Klimabedingungen optimal angepasst sind.

Bioenergie ist ungemein wichtig für die Energieversorgung Deutschland. Für Landwirte birgt sie viele Potentiale, um neue Einkommensquellen zu erschließen. Aber bei allen neuen Möglichkeiten dürfen wir eines nicht vergessen: Die Weltbevölkerung wächst stetig und mit ihr nicht nur die Nachfrage nach Energie, sondern vor allem nach Lebensmitteln. Deshalb ist ganz klar: die Nahrungsmittelproduktion muss immer Vorrang haben! Die Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen, Fleisch und Milch wird langfristig weltweit steigen.

Meine Damen und Herren,

National sind wir gut aufgestellt, in Ost und West, Nord und Süd. Nationale Agrarpolitik heißt aber auch, kräftig in Brüssel mitzugestalten.

Agrarpolitisches Thema Nummer 1 ist in den nächsten Wochen die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013. Es geht zunächst um eine ausreichende Ausstattung des Agrarhaushalts. Es geht darum, die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft zu vergüten. Es geht um ein Sicherheitsnetz für die Landwirtschaftsbetriebe für den Fall Existenz bedrohender Krisen.

Und schließlich gehören Umwelt-, Natur, Tier- und Klimaschutz zum Kernbestand der Gemeinsamen Agrarpolitik.

In Sachen GAP bin ich in diesem Jahr schon viel unterwegs gewesen. Mit dem Französischen Landwirtschaftsministerium hat mein Ministerium eine gemeinsame Position zur europäischen Agrarpolitik unterzeichnet. Mein Ministerium pflegt auch enge bilaterale Kontakte zu den europäischen Nachbarländern. Vor zehn Tagen war ich in Lübeck bei der Konferenz der Agrarminister. Glauben Sie mir, es ist nicht immer einfach die Ideen und Vorstellungen aller Minister vom nördlichen Schleswig-Holstein bis nach Baden-Württemberg unter einen Hut zu bekommen. Wir treffen uns regelmäßig. In diesem Jahr schon zum dritten Mal, um die Leitlinien unserer deutschen Agrarpolitik festzulegen. Im Frühjahr haben wir eine Grundposition zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 vorgestellt. Sie wird von der Bundesregierung und den Ländern getragen. Diese Einigkeit haben wir bewahrt.

Von Lübeck geht die Botschaft aus, dass Bund und Länder einig sind über die Grundrichtung und in Europa weiterhin mit einer Stimme sprechen. Das ist ein starkes Signal. Denn nur wenn wir einig sind, können wir frühzeitig unsere deutschen Interessen in der EU klar zum Ausdruck bringen und offensiv vertreten.

Wir gehen jetzt die ersten Schritte auf einem noch weiten und schwierigen Weg. Gerade weil wir vor harten europäischen Verhandlungen stehen, ist es wichtig, sich frühzeitig auf den Weg zu machen und Geschlossenheit zu zeigen.

Ich werde in den bevorstehenden Verhandlungen für die Interessen der deutschen Landwirte und der Verbraucher kämpfen. Wir wollen eine starke und leistungsfähige Landwirtschaft für Deutschland.

Unsere Betriebe brauchen im weltweiten Wettbewerb Planungssicherheit.

Wir müssen im Interesse der Landwirte und Verbraucher alles vermeiden, was zu Brüchen führt. Aus deutscher Sicht gibt es Dinge, die wir nicht hinnehmen können. Dazu gehört insbesondere auch die Kappung der Direktzahlungen.

Wir sollten die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auch als Chance verstehen –

- als Chance, ein bewährtes Modell zu verbessern,
- einzelne Instrumente zu schärfen und
- die Verwendung öffentlicher Mittel noch transparenter und verständlicher zu machen.

Darauf haben die Verbraucher, aber auch die Bauern einen Anspruch.

Deutschland ist bei der Umsetzung einheitlicher entkoppelter Direktzahlungen so weit wie kein anderer EU-Staat. Wir haben in diesem Jahr mit der Umstellung begonnen. Bis 2013 wird die Agrarförderung in Deutschland vollständig auf regional einheitliche Zahlungen für Ackerflächen und Grünland umgestellt. Das heißt, es gibt keine Zahlungen mehr, die die Produktion fördern oder ankurbeln. Stattdessen erhält der Landwirt die Zahlungen für die Bewirtschaftung und den Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen. Diese sind an rechtliche Auflagen gebunden, etwa für Umwelt- und Naturschutz. Ich erwarte von der EU-Kommission, dass uns diese Vorleistungen auch angerechnet werden. Es darf nicht sein, dass am Ende jene bestraft werden, die mutig und mit gutem Beispiel vorgegangen sind.

Die Bundesregierung wird die Vorschläge der EU-Kommission prüfen und bewerten, sobald diese - voraussichtlich Mitte November - vorliegen.

Für mich steht fest:

Ich werde nur einer Regelung zustimmen,

- die ausgewogen ist und
- einer nachhaltigen Landwirtschaft und
- den deutschen Verbrauchern dient.

Meine Damen und Herren,

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen sind gewaltig, aber die moderne Landwirtschaft ist ein Schlüssel zur Lösung. Agrarpolitik ist Politik des 21. Jahrhunderts. Sie wird die Weichen für das Leben zukünftiger Generationen stellen. Nachhaltigkeit ist ihre Devise. Und die Landwirte sind ihr Kapital.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen noch viele interessante Vorträge und Gespräche unter Kollegen. Und ich sage gerne noch einmal einen herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum 20 Jahre Agrargenossenschaften. Ich wünsche Ihnen und den Beschäftigten in den Agrargenossenschaften viel Erfolg bei der Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben.

Vielen Dank.